

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
19.04.2018	19.15 Uhr	21.37 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER	
ORTSAMT:	Inga Köstner, Vorsitzende Jessica Jagusch, Protokollführerin
BEIRAT:	siehe anliegende Liste
Gäste:	– Ulrich Mäurer, Senator für Inneres – Holger Neumann, Polizeiinspektion Ost – Horst-G. Feldmann (Leiter Polizeirevier Horn)

TAGESORDNUNG:
<ol style="list-style-type: none">1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzungen vom 15. Februar 20183. Zwischenbilanz zur Umsetzung der Polizeireform 2600 – ein Jahr nach Vorstellung der Reformpläne im Beirat Horn-Lehe4. Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) 2017 im Bereich des Polizeireviers Horn5. Anträge des Beirates6. Globalmittelanträge7. Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadteilangelegenheiten aus der Bevölkerung8. Mitteilungen der Beiratssprecherin9. Mitteilungen des Orsamtes10. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Mitglieder des Beirates, die anwesenden Referenten sowie die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils. Gleichzeitig stellt die Vorsitzende den Anwesenden persönlich die personelle Unterstützung für das Ortsamt vor.

Die Tagesordnung wird unter Tagesordnungspunkt 5 -Beschlussfassung zu nicht kommerziellen Freiluftparty im Stadtteil- ergänzt.

Beschluss:	Die ergänzende Tagesordnung wird ohne weitere Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche genehmigt. (Einstimmig)
-------------------	--

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 15. Februar 2018

Beschluss:	Das Protokoll vom 15. Februar 2018 wird ohne Änderungen- und/oder Ergänzungswünsche genehmigt. (Einstimmig)
-------------------	--

Zu TOP 3: Zwischenbilanz zur Umsetzung der Polizeireform 2600 – ein Jahr nach Vorstellung der Reformpläne im Beirat Horn-Lehe

Die Vorsitzende begrüßt den Senator zur heutigen Beiratssitzung. Der Senator bedankt sich für die Einladung und verweist auf den im Januar 2018 veröffentlichten Bericht über die Umsetzung der Polizeireform, zu finden über die Website des Senators für Inneres.

Die ersten Reformschritte sind bereits umgesetzt worden. Die Reformen sind in den Bereichen „Einsatzdienst“, „Zentrale Dienste“ sowie „Kommissariat“ durchgeführt. Die einzelnen Umsetzungen sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Die Veränderungen haben kurz- und langfristigen Charakter. Durch den neuen finanziellen Spielraum kann nunmehr zusätzliches Personal eingestellt werden. Die freien Stellen der Kontaktbeamten in den örtlichen Revieren können jetzt nachbesetzt werden. Insgesamt wären es dann in den Stadtteilen Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld sechs Kontaktbeamte. Für Horn-Lehe sind zwei Kontaktbeamte vorgesehen. Derzeit sind insgesamt 92 Kontaktbeamte im Dienst. Ab 2020 ist mit einer vollständigen Besetzung aller freien Stellen in diesem Bereich zu rechnen, insgesamt wären es dann 110 Beamte.

Positiv herauszuheben sei, dass der Stadtteil Horn-Lehe die niedrigste Kriminalitätsrate in ganz Bremen hat. Bislang kann der Zielerreichungsgrad noch nicht erreicht werden. Ab 2019 werden die Streifenwagen personell aufgestockt und somit pro Fahrzeuge 3 Beamte eingesetzt. Die Einsatzkoordination wird zentralisiert. Nächste Veränderung wird im Bereich der Anzeigenannahme sein. Ab 1. Oktober 2018 wird dieser Prozess nur am Standort „Neue Vahr“ durchgeführt. Im Zuge der Polizeireform wird es zwei neue Reviere in Oslebshausen sowie in Bremen-Nord geben.

Auf Nachfrage von Herrn Mazur teilt der Senator mit, dass der erste Ausbildungsjahrgang im Oktober 2018 abschließt. Danach können die offenen Stellen besetzt werden. Allein für die angestrebte Besetzung der Streifenwagen werden 30 neue Beamte benötigt. Angestrebt wird, dass der Zielerreichungsgrad in 2019/2020 nachhaltig verbessert wird. Ergänzend fügt der Revierleiter an, dass nach der Zentralisierung die täglichen Sprechzeiten in der Zeit von 10-12 Uhr sein werden. Der Streifenwagen bleibt zwar, wird aber nicht am 110-Prozess teilnehmen.

Frau Dr. Eckardt hat Nachfragen bezüglich der personellen Ausstattung der Polizei. Das Fahrzeug der Polizeiwache in Horn-Lehe, welches zurzeit am 110-Prozess teilnimmt, wird abgeschafft. Derzeit ist geplant, dass 15 Neufahrzeuge angeschafft werden sollen. Abgänge im Fuhrpark können nicht benannt werden. Die personelle Ausstattung ist derzeit das Hauptproblem. Letztes Jahr haben 160 neue Anwärter die Ausbildung begonnen. Auf die Dauer von drei Jahren wären es somit insgesamt 500 neue Polizisten in den Polizeidienst übernommen. Der Senator möchte eine Mindestausstattung von permanent 2.600 Beamten gewährleisten. Dabei sind die laufenden Pensionierungen bereits berücksichtigt. Auf Nachfrage von Frau Stuck wird bestätigt, dass zurzeit die Stellen der Kontaktpolizisten in Borgfeld und Oberneuland nicht besetzt sind.

Der Beirat bedankt sich beim Senator für seine Ausführungen und nimmt diese zur Kenntnis.

Zu TOP 4: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) 2017 im Bereich des Polizeireviers Horn

Der Senator berichtet, dass der Stadtteil Horn-Lehe die niedrigste Kriminalstatistik vorweist. Generell ist die Kriminalität in ganz Bremen rückgängig. Im Jahr 2013 gab es noch 2.690 Straftaten. In 2017 wurden insgesamt 2.161 Straftaten begangen. In allen Bereichen ist ein Rückgang der Kriminalität vorzufinden, außer bei den Wohnungseinbrüchen. Gerade im Bremer Osten ist in diesem Bereich eine Kriminalitätssteigerung ersichtlich. 2013 kam es zu 237 Wohnungseinbrüchen. Im Jahr 2017 sind bereits 256 Wohnungseinbrüche zu verzeichnen. Oftmals handelt es sich dabei um Bandenkriminalität. Ein Grund für den Anstieg wird in den örtlichen Gegebenheiten gesehen, die eher in diesen Stadtteilen vorzufinden sind, wie z. B. Einfamilienhäuser mit großen Grundstücken. Frau Dr. Eckardt fragt nach der Aufklärungsquote bei Delikten im Bereich von Wohnungseinbrüchen. Bei Wohnungseinbrüchen liegt die Aufklärungsquote bei 5-10%. Gerade bei Wohnungseinbrüchen werden viele Einbrüche abgebrochen, welche aber mit in die Statistik einfließen. Die Beweissicherung gestaltet sich als sehr schwierig an. Die Polizei setzt auf Prävention und gemeinsame Ermittlungsgruppe mit Niedersachsen.

Herr Mazur thematisiert die sogenannte „gefühlte Kriminalität“, die trotz des objektiven Rückgangs der Kriminalität hoch sei. Herr Siemer, Leiter der Polizeiinspektion Ost berichtet, dass sich im ersten Quartal die Wohnungseinbrüche auf 50 Taten beschränken. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass ab Anfang der „dunklen Jahreszeit“ die Anzahl der Wohnungseinbrüche steigt. Für die Aufklärung werden auch Kriminalitätsanalysten zu Rate gezogen. Im Frühjahr haben die Analysten herausgefunden, dass in Oberneuland Kinder die Einbrüche getätigt haben. Im Herbst 2017 ist dann diese Tätergruppe aus Albanien festgenommen worden, welche ihre Kinder zu den Ausführungen der Delikte motiviert haben. Im Februar erfolgt eine Festnahme in Horn-Lehe bei der Übergabe von Hehlerware.

Der Revierleiter aus Horn-Lehe bekräftigt, dass die Kriminalitätsschwerpunkte in den Bereichen des Fahrraddiebstahl, des Kfz-Einbruchs sowie des Wohnungseinbruchs lägen. Besonders beim Kfz-Diebstahl ist der Bereich der Universität auffällig. Fahrräder würden sehr oft an den ausgewiesenen Fahrradstellplätzen geklaut. Aufgrund der Personaldecke könnten nur stichprobenartig die Schwerpunkttatorte kontrolliert werden. Auffällig sei, dass gerade in Stadtteilen mit einer hohen Dichte an Studenten Fahrraddiebstähle sehr oft vorkommen würden. Die Polizei erhofft sich auch durch den Ordnungsdienst, dass es zu einem Rückgang der Fahrraddiebstähle kommen wird. Eine Bürgerin erläutert leidvoll, dass ihr innerhalb eines halben Jahres einige Fahrräder geklaut worden seien, zum Teil auch Fahrräder mit einem sehr geringen Anschaffungswert. Auf Nachfrage eines Bürgers wird mitgeteilt, dass auch Diebstahlversuche in die Statistik einbezogen würden.

Der Beirat bedankt sich beim Senator sowie Vertretern der Polizei für ihre Ausführungen und nimmt diese zur Kenntnis.

Zu TOP 5: Anträge aus dem Beirat

5.1 Antrag aller Fraktionen – ZAST Horner Eiche

Die stellvertretende Beiratssprecherin stellt den Antrag vor. Herr Steglich (Die Linke) hätte gerne einen Antrag zu dieser Problematik zur Beiratssitzung im Juni, wo das Thema behandelt werden soll, gestellt. Er sieht diesen eingebrachten Antrag als übertrieben an, da er suggerieren würde, dass die Jugendlichen, welche in die Erstaufnahme kommen, alle kriminelle Vorerfahrungen mitbringen würden. Er befürwortet eine abschnittsweise Abstimmung des Beschlusses.

Ein Teil des Beirates vertritt die Meinung, dass eine Verpflichtung zur Sauberkeit in der näheren Umgebung schwer durchsetzbar sei. Der Träger der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) soll nicht verantwortlich sein für die Durchsetzung der Sauberkeit in den Straßenzügen.

Der Revierleiter teilt mit, dass es in der ZAST (Steinsetzer Straße) auch zu Konfliktsituationen kam, besonders, weil Jugendliche zusammen mit Erwachsenen unterbracht wurden. Seit der Trennung dieser Gruppen seien die Vorfälle erheblich zurückgegangen. Eine vergleichbare Einrichtung wäre die Berckstraße. Dort war die Verweildauer der Jugendlichen aber länger und somit als problematischer anzusehen. Bei einer Verweildauer von 3-4 Wochen in der ZAST findet eine Solidarisierung einzelner Gruppen gegeneinander kaum statt.

Die Beiratssprecherin möchte im letzten Satz das Ermessen als Ist-Bestimmung ersetzt haben.

Die stellvertretende Beiratssprecherin betont, dass sie engmaschig den Genehmigungsrahmen festlegen möchte, da die Vergangenheit der Berckstraße gezeigt hätte, dass es durchaus zu problematischen Situationen kommen könne. Die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber wird erst einmal dauerhaft im Stadtteil bleiben. Wichtig sei auch, dass der Träger genügend Personal in der Einrichtung einsetzt. Der Beschluss soll lediglich als Prävention verstanden werden.

Herr Mazur gibt zu bedenken, dass, gerade vor dem Hintergrund zunehmender rechtsradikaler Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen, der Schutz der Bewohner und des Personals durch genügend Sicherheitsmitarbeiter und die Polizei unabdingbar sei. Frau Dr. Eckardt möchte in dem Beschluss die Forderung aufstellen, ausreichendes Personal im Ermessen der zuständigen Behörde und des Trägers zu belassen. Herr Porthun sieht es ähnlich. Forderungen können durchaus als eine Art Rahmenforderung gestellt werden. Verpflichtungen zu stellen, sollte durchaus möglich sein. Herr Koppel stellt zur Diskussion, ob der Zielerreichungsgrad in dem Beschluss besser eingegrenzt werden sollte. Er wünscht sich eine bessere Formulierung der örtlichen Gegebenheiten. Herr Leidreiter befürwortet eher einen kritischen Beschluss.

Über den nachfolgenden Beschluss wird getrennt abgestimmt:

Beschluss:

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Inneres und die Senatorin für Soziales auf:

1. Die Zentrale Aufnahmestelle für unbegleitete, minderjährige Ausländer im Gebäude des ehemaligen Hotels Horner Eiche soll aufgrund der bisherigen Erfahrungen aus der Steinsetzer Straße mit Security-Personal gesichert werden. Der Beirat fordert hier eine personelle Mindestausstattung von 7 Personen (24h/7Tage). **(12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**
2. Die Zentrale Aufnahmestelle für unbegleitete, minderjährige Ausländer im Gebäude des ehemaligen Hotels Horner Eiche soll aufgrund der bisherigen Erfahrungen aus der Steinsetzer Straße mit ausreichend Betreuungspersonal beim Träger – nach bisherigem Kenntnisstand Innere Mission – ausgestattet werden. **(einstimmig)**
3. Die Zentrale Aufnahmestelle für unbegleitete, minderjährige Ausländer im Gebäude des ehemaligen Hotels Horner Eiche soll – trotz einer möglichen Weitervermittlung in andere Bundesländer – ausreichend Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene vorhalten und ggf. Kooperationen mit dem Jugendhaus Curiestraße und den Sportvereinen des Stadtteils aufbauen. **(einstimmig)**
4. Der Träger der ZAST ist daran zu beteiligen, für Ordnung und Sauberkeit im unmittelbaren Umfeld der Einrichtung Sorge zu tragen und einer Vermüllung entgegenzuwirken. **(12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**
5. Der Beirat erwartet, dass vor Eröffnung der ZAST alle KOP-Stellen des Polizeireviers Horn wieder besetzt und bei Bedarf Polizeikräfte unverzüglich vor Ort sind. Letzteres ist durch einen revier-eigenen Streifenwagen sicherzustellen. **(9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen)**

5.2 Baumnachpflanzungen Deutschen Bahn – Interfraktioneller Antrag

Im Februar 2018 hat die Deutsche Bahn AG in der Straße Am Herzogenkamp am Bahndamm alle Bäume und Sträucher bis auf die Wurzel abgesägt. In der Straße Luisental wurden nur einige wenige Bäume stehen gelassen; der vordere Teil blieb verschont, weil nach öffentlichen Protesten die Fällaktion eingestellt worden war. Nachfragen in der Umweltbehörde ergaben, dass es zwar Absprachen mit der Deutschen Bahn AG über Art und Ausmaß der Rodungsarbeiten gab, diese aber offensichtlich nicht eingehalten wurden.

Herr Mazur erklärt, dass mehrere Anträge zu dieser Thematik gestellt worden seien und man diese nunmehr als einen interfraktionellen Antrag zusammengefasst habe. So, wie es gelaufen sei, ist der Beirat nicht vollumfänglich informiert worden. Auch fand keine rechtzeitige Beteiligung des Beirates sowie des Ortsamtes statt. Kritische Nachfragen sind nicht mehr möglich gewesen. Nach der

Beschwerdelage ist der Abholzungsprozess in der Straße Luisental rücksichtsvoller gegenüber der Natur verlaufen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen plant eine Pflanzaktion am 5. Mai 2018. Treffpunkt hierfür wäre an der Straßenecke Leher Heerstraße/Herzogenkamp. Herr Steglich betont, dass der Beirat bei solchen Fällaktionen politisch machtlos ist, da es aus verwaltungsrechtlicher Sicht kein Mitspracherecht gibt. Aus seiner Sicht hat die zuständige Behörde zu viele Baumfällungen genehmigt. Auch sei es schwer zu kontrollieren, ob nicht doch mehr abgeholzt worden ist, als die Behörde genehmigt habe. Er bringt für die Linksfraktion einen Zusatzpunkt zum Antrag ein, in dem die Behörde aufgefordert wird, zu überprüfen, ob es bei den Rodungsarbeiten zu Baumfällungen gekommen ist, die über die behördliche erteilten Genehmigungen hinausgingen und Verstöße gegen die Schutzverordnung entsprechend ahnden. Herr Porthun betont, dass aus seiner Sicht durch den bestehenden Druck gegenüber der Deutschen Bahn die letzten 12 Bäume nicht gefällt worden seien. Auch sei es wenig verständlich, dass auch Haselnusssträucher entfernt wurden, die keine Gefahr für den Bahnverkehr darstellen. Durch anderweitige Markierung der Bäume durch Dritte konnte nicht mehr nachvollzogen werden, welche Bäume gefällt werden müssen oder nicht.

Frau Dr. Eckardt distanziert sich von dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und der Revierleiter betont, dass diese Aktion auf einem Privatgrundstück erfolge. Herr Leidreiter betont, dass die geplante Pflanzaktion auf Privatgrund erfolgt und somit Rechte der Eigentümer verletzt werden. Die Deutsche Bahn sollte vorab um Erlaubnis gefragt werden. Ein Bürger aus dem Gebiet Luisenthal betont, dass bis zur Reddersenstraße das Straßenbegleitgrün extrem abgeholzt sei. Auch sei danach unzureichend aufgeräumt worden. Erst nach Nachfragen sei die Treppe zu den Bahngleisen freigeräumt worden. Die anderen Bereiche habe man so belassen.

Beschluss:

Um zukünftige Baumfrevell in Form eines totalen Kahlschlags zu verhindern, fordert der Beirat Horn-Lehe:

1. Im Zuge von geplanten Baumfällaktionen wie Am Herzogenkamp oder im Luisental müssen der Beirat und die Öffentlichkeit mit einem ausreichend langen zeitlichen Vorlauf über das Vorhaben umfassend informiert werden, so dass noch Zeit bleibt für kritische Nachfragen und Interventionen. Vorhabenträger und Umweltbehörde sind dabei zu maximaler Transparenz über Art und Ausmaß der anstehenden Maßnahmen verpflichtet. Vor Beginn der Fällaktion ist ein Baumkataster zu erstellen.
2. Die Umweltbehörde wird aufgefordert, durch zeitnahe Kontrollen und Strafandrohungen sicherzustellen, dass der Vorhabenträger die getroffenen Absprachen auch einhält.
3. Der Umweltsenator wird aufgefordert, sich bei der Deutsche Bahn AG einzusetzen, den Verlust an Vegetation und Lebensraum für Tiere am Bahndamm in Horn-Lehe durch eine umfangreiche Pflanzung von Sträuchern, Büschen und auch Bäumen am Fuße des Bahndamms zeitnah auszugleichen und auch die städtebaulich so wichtige grüne Kulisse umgehend wieder herzustellen.
4. Die Deutsche Bahn wird aufgefordert, die Flächen ordnungsgemäß und sauber. Bereits abgesägte Baum- und Strauchreste sind zu entfernen.
5. Der Beirat bittet die für den Ortsamtsbereich zuständige Stelle der unteren Naturschutzbehörde um Auskunft, ob es bei den im Auftrag der Deutschen Bahn durchgeführten Rodungsarbeiten im Bereich der Bahntrasse Am Herzogenkamp/Luisental zu Baumfällungen bzw. Baumrückschnitten gekommen ist, die über die von der Behörde erteilten Genehmigungen zur Fällung von 12 bzw. dem Rückschnitt von 12 nach Bremer Baumschutzverordnung geschützten Bäumen hinausgingen und mögliche Verstöße gegen die Schutzverordnung entsprechend zu ahnden. **(einstimmig)**

5.3 Interfraktioneller Antrag – Umweltbildung im FlorAtrium (Eingang 11.04.2018)

Die Beiratssprecherin stellt nachfolgenden Antrag bzw. Begründung vor. Seit 2007 wird durch die Umweltbehörde das Freizeit- und Ferienangebot im FlorAtrium finanziell gefördert. Das Programm wird von Kindern und Jugendlichen sehr gut angenommen und die Teilnehmer zeigen sich immer sehr begeistert vom Angebot. Durch Kontinuität des Angebots sind eine enge Vernetzung und mehrere Kooperationen mit der Landwirtschaft vor Ort sowie Eltern- und Schulvereinen entstanden. Neben den Teilnehmern und ihren Eltern haben auch diese regionalen Anbieter landwirtschaftlicher Produkte (insbesondere Bioprodukte) von diesem Angebot profitiert. Durch die praxis- und erlebnisorientierte Gestaltung ist ein interessantes und abwechslungsreiches Programm entstanden in dem Kinder und Jugendliche auch außerschulische im Bereich der Umweltbildung profitierten. Das Programm richtet sich darüber hinaus nicht nur an Kinder aus Horn-Lehe, sondern auch an Kinder aus anderen Stadtteilen. Mit dem Wegbrechen dieses Angebots droht im Bremer Osten ein Lern- und Erfahrungsbereich wegzufallen, dessen Bedeutung für die kindliche Entwicklung längst wissenschaftlich nachgewiesen ist.

Beschluss:

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, das Naturerlebnisprogramm für Kinder und Familien im FlorAtrium (Lern- und Erlebnisgarten des Landesverbands der Gartenfreunde e. V) auch weiterhin im Bereich der außerschulischen Umweltbildung finanziell zu fördern.**(einstimmig)**

5.4 Interfraktioneller Antrag – Erneute Beschlussfassung zu nichtkommerziellen Freiluftpartys im Stadtteil

Die Vorsitzende erläutert die erneute Beschlussbefassung. Herr Leitreiter äußert Bedenken, da aus seiner Sicht die Problematiken der nichtkommerziellen Freiluftpartys in den Beschluss nicht wiederzufinden sind.

1. Der Beirat Horn-Lehe erklärt sich damit einverstanden, im nordwestlichen Bereich des Stadtwaldsees, d. h. im Bereich der Slipanlage am Hochschulring, Freiluftpartys zu genehmigen.
2. Der Beirat lehnt andere Bereiche des Stadtwaldsees, wie z. B. den öffentlichen Badestrand sowie den FKK-Strand, ausdrücklich ab.
3. Der Beirat erwartet, dass die im Gesetz formulierten Bedingungen zur Durchführung der Freiluftpartys voll umfänglich eingehalten und auch kontrolliert werden.
4. Der Beirat Horn-Lehe formuliert die folgenden Auflagen für die Genehmigung von Freiluftpartys:
 - Das Befahren der Grünflächen mit Fahrzeugen jeglicher Art ist untersagt.
 - Der Veranstalter hat für ausreichende sanitäre Anlagen zu sorgen, da vor Ort keine sanitären Anlagen vorhanden sind.
 - Durch den Auf- und Abbau sowie die Party selbst darf die Benutzung der Anlagen (insbesondere der Slip-Anlage) nicht gestört werden.
 - Alle im Anmeldeformular sowie im Ortsgesetz aufgeführten Verpflichtungen müssen von Ihnen vollumfänglich eingehalten werden. Insbesondere Glasscherben müssen vollständig beseitigt werden.

(einstimmig bei 12 JA-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

TOP 6 – Globalmittel

6.1 BM 04/2018, Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich, Anschaffung von Tischen, Bänken und einem Rettungsnetz, Antrag über 2.460 € (gesamt: 2.875 €)

Förderfähig sind Kosten in Höhe von **2.457,80 €** (wegen Aufrundung des Betrages). Es wird erwartet, dass die Tische und Bänke auch bei Stadtteilsten oder dem Horn to be wild ausgeliehen werden können.

Beschluss: Der Beirat bezuschusst die Anschaffung von Tischen, Bänken und einem Rettungsnetz in Höhe von € 2.457,80 mit Globalmitteln. **(Einstimmig bei 12 JA-Stimmen und 1 Stimmenthaltung)**

6.2 BM 05/2018, ev. Kirchengemeinde Horn, Restaurierung der baufälligen Bank vor der Horner Kirche, Antrag über 3.000 € (gesamt: 6.471,69 €)

Förderfähig sind Kosten in Höhe von **2.940 €** (wegen 2-prozentiger Kürzung aufgrund günstigerer Angebote).

Beschluss: Der Beirat bezuschusst die Restaurierung der der baufälligen Bank vor der Horner Kirche mit einem Betrag in Höhe von € 2.940 € aus Globalmitteln. **(Einstimmig)**

6.3 BM 06/2018, Schule an der Marcusallee, Anschaffung von Equipment zur Nutzung der Kletterwand, Antrag über 1.842,45 € (2.142,45 €)

Förderfähig sind Kosten in Höhe von **1.521,08 €** (wegen unberücksichtigter Rabattierung von 15 Prozent).

Beschluss: Der Beirat bezuschusst die Anschaffung von Equipment zur Nutzung der Kletterwand mit einem Betrag in Höhe von € 1.521,08. **(Einstimmig)**

6.4 BM 08/2018, ev. Kirchengemeinde Horn, Besuch der Gedenkstätte Lager Sandbostel, Antrag über 140 € (gesamt: 500 €)

Beschluss: Der Beirat übernimmt den Eintritt für die Gedenkstätte Lager Sandbostel für alle Teilnehmenden in Höhe von € 120,00. **(Einstimmig)**

Zu TOP 7: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

Der Vorsitzende des Bürgerverss fragt nach, ob die Fahnenmasten, welche noch am alten Ortsamtsgebäude an der Berckstraße installiert sind, an dem neuen Ortsamtssitz versetzt werden könnten. Die stellvertretende Beiratssprecherin findet es aus optischen Gründen vor einer denkmalgeschützten Vorderfront ungeeignet. Das Ortsamt sichert zu, beim Denkmalschutz nachzufragen.

Zu TOP 8: Mitteilungen der Beiratssprecherin

Die Beiratssprecherin teilt mit, dass sich die Beirätekonferenz verstärkt des Themas „Probleme mit Krähenvögeln“ annehmen wolle. Sofern aus Horn-Lehe Beratungsbedarf gesehen werde, wird um einen entsprechenden Hinweis gebeten.

Außerdem berichtet sie von der politischen Forderung Borgfelds, den Jan-Reiners-Weg zu beleuchten. Diese Forderung könne auch für den in Horn-Lehe liegenden Teil übernommen werden. Die Beiratssprecherin bittet den zuständigen Fachausschuss sich dieser Thematik anzunehmen.

Zu TOP 9: Mitteilungen des Ortsamtes

Datum	Ort	Thematische Behandlung
23. April 2018	15 Uhr; Diele Ortsamt	Sprechstunde des Seniorenbeauftragten
24. April 2018	18 Uhr; Diele Ortsamt	Fachausschuss Soziales, Kultur und Sport
26. April 2018	18 Uhr; Diele Ortsamt	Fachausschuss Bau und Denkmalschutz
27. April 2018	18 Uhr; Stiftungsresidenz Marcusallee 39	2. Rhodomahl, Anmeldung über Herrn Koppel
3. Mai 2018	19 Uhr; Diele Ortsamt	Prosa Mía, Eintritt ist frei
8. Mai 2018	14 Uhr; Diele Ortsamt	Sozialer Arbeitskreis „Alter“
17. Mai 2018	19.15 Uhr; Beiratssitzung	Ansiedlung der Sparkasse Bremen im Technologiepark
21. Juni 2018	19.15 Uhr; Beiratssitzung	Etablierung einer Erstaufnahme für minderjährige, unbegleitete Ausländer

Die Vorsitzende fragt beim Vorsitzenden des Bürgervereins nach, ob die beim Goedekens stehende Landkarte von Horn-Lehe aktualisiert werden könne. Der Vorsitzende klärt dies innerhalb des Vorstandes.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Verschiedenes ./.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Heike Menz
- Beiratssprecherin -

Jessica Jagusch
- Protokollführerin -